

Südkoreas Weg vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise – Kann der wirtschaftliche Aufholprozess fortgesetzt werden?

MICHAEL VON HAUFF / SANGHO KIM

1. Einleitung

Die wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas ist von den siebziger Jahren bis zum Ausbruch der Krise im November 1997 oft als Wirtschaftswunder (*economic miracle*) gepriesen worden. Südkorea ist es gelungen, viele Entwicklungsländer zu überholen und den wirtschaftlichen Abstand gegenüber den OECD-Ländern deutlich zu verringern. Die erfolgreiche Konvergenz bei den Wachstumsraten der Pro-Kopf-Einkommen führte dazu, dass Südkorea neben Japan und den anderen asiatischen Tigerstaaten, z.B. von Experten des IWF und der Weltbank, als herausragendes Beispiel für die *catching-up*-Hypothese herausgestellt wurde. Der Ausbruch der Krise, die in der Literatur bisher überwiegend als Finanzkrise ausgewiesen wird, stellte das koreanische Erfolgsmodell zunächst in Frage. Dennoch dominierte bei vielen Experten auch in Korea die Auffassung, dass die Krise kurzfristiger Natur sei und sich der Aufholprozess (*catching up*) spätestens im Jahr 2000 fortsetzen würde (IMF 1997, S. 20).

Die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen seit der zweiten Hälfte des Jahres 1999 scheinen diese Prognose zu bestätigen. Die Daten der makroökonomischen Entwicklung im dritten Quartal 1999 deuteten schon den Beginn einer schnellen wirtschaftlichen Erholung an. Die koreanische Zentralbank geht für 1999 von einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 10,2% (1998: -5,8%) und von einer Inflationsrate von 0,9% (7,5%) aus. Der Zinssatz befand sich auf dem gleichen Niveau wie vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise. Nach der sukzessiven Aufwertung der koreanischen Währung gegenüber dem US\$ von 1.707 Won im Januar 1998 auf 1.177 Won im Januar 1999 hat sich der Wechselkurs im Jahresdurchschnitt 1999 auf 1.140 Won stabilisiert.

Dagegen ist der Leistungsbilanzüberschuss von 40,5 Mrd. US\$ im Jahre 1998 auf 24,5 Mrd. US\$ im Jahre 1999 infolge der starken Zunahme der

Importe gesunken. Die weitere Entwicklung der Exporte ist noch ungewiss. Insgesamt kann jedoch festgehalten werden, dass die Rentabilität der Unternehmen im Jahre 1999 vor allem durch das niedrige Zinsniveau und die Belebung der Binnenwirtschaft stark angestiegen ist. Die Entwicklungstendenzen seit Mitte des Jahres 1999 lassen sich dahingehend interpretieren, dass es zu einer Trendwende der wirtschaftlichen Entwicklung Koreas gekommen ist und somit die wirtschaftliche Krise als überwunden gilt.

In diesem Beitrag wird die sehr positive Einschätzung über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung kritisch hinterfragt. Daraus begründet sich die Frage: Kann der wirtschaftliche Aufholprozess fortgesetzt werden? Somit gilt es zu analysieren,

- welche Defizite das koreanische Entwicklungsmodell vor der Krise aufwies,
- wodurch die Wirtschaftskrise verursacht wurde und
- wie die bisherige Krisenbewältigung zu beurteilen ist.

Zunächst wird eine erste Positionierung der Problemstellung vorgenommen. Es besteht kein Zweifel, dass die Krise in Südkorea durch eine Finanz- bzw. Währungskrise ausgelöst wurde. In diesem Beitrag wird jedoch die These vertreten, dass es sich ursächlich um eine Krise des Wachstums- bzw. Entwicklungsmodells Koreas handelte. Entsprechend hat die Krise die gesamte Volkswirtschaft erfasst. Die koreanische Wirtschaft wies vor der Krise nicht die notwendige inhärente Stabilität zur Bewältigung des Strukturwandels und der zunehmenden weltwirtschaftlichen Dynamik auf. Die Anfang der 90er Jahre eingeleiteten Reformmaßnahmen wurden nicht mit der notwendigen Konsequenz umgesetzt, um die Krise – zumindest in diesem Ausmaß – zu verhindern.

Zunächst werden wesentliche Strukturmerkmale und die Entwicklung des koreanischen Entwicklungsmodells aufgezeigt und der wirtschaftliche Aufstieg im Kontext der *catching-up*-Hypothese bewertet. Danach geht es um die Begründung der Wirtschaftskrise und um die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in Korea. Der Beitrag endet mit einigen Schlussfolgerungen.

2. Das koreanische Entwicklungsmodell

Südkorea zeichnete sich hinsichtlich der Implementierung von Entwicklungsstrategien im Gegensatz zu anderen Ländern wie Indien, die stark ideologisch geprägt waren, immer durch eine pragmatische, d.h. den wirtschaftlichen Herausforderungen angepasste Politik aus. Daraus erklärt sich auch, dass das koreanische Entwicklungsmodell sehr kontrovers beurteilt wurde.

Aus der Position der Dependenztheoretiker wurde selbst in den 80er Jahren noch ein Scheitern des südkoreanischen Wachstumsmodells prognostiziert (vgl. u.a. Song 1984). Dagegen wurde von neoliberalen Ökonomen das Entwicklungsmodell immer als besonders erfolgreich und damit auch als vorbildlich eingeordnet (Aghevli, Marquez-Ruarte 1984).

Südkorea gehörte 1945 nach der Befreiung von der Kolonialmacht Japan durch die USA zu den ärmsten Entwicklungsländern. 1996 wurde Südkorea Mitglied der OECD. Somit gehört Korea zu den wenigen *success stories* eines kontinuierlichen Prozesses aufholender wirtschaftlicher Modernisierung bzw. Industrialisierung. Es ist auffällig, dass Südkorea nach einer leidvollen Kolonialherrschaft Japans viele administrative Strukturen und wirtschaftsplanerische Strategien der ehemaligen Besatzungsmacht übernahm. Daraus erklären sich ähnliche Wirtschaftsstrukturen der beiden Länder, die bis heute erkennbar sind. Im Folgenden geht es darum, die herausragende Rolle des Staates im Entwicklungsprozess Koreas darzustellen. Anschließend wird das entwicklungsökonomische Leitbild charakterisiert und der wirtschaftliche Aufstieg Südkoreas begründet.

2.1 Die Rolle des Staates im Entwicklungsprozess

Ein wesentliches Charakteristikum der koreanischen Wirtschaftsentwicklung sind die Staatsinterventionen in den Wirtschaftsprozess, die eine lange Tradition haben. Eine systematische Wirtschaftsplanung begann im Jahre 1961 mit der Machtübernahme der Militärregierung, die ein neues System der Wirtschaftsplanung einführte und im Jahre 1962 den ersten Fünfjahresplan veröffentlichte. Es wurden, wie in der französischen Planifikation, sowohl Globaldaten der Wirtschaft als auch sektorale und branchenbezogene Produktionsziele vorgegeben. In der Anfangsphase der Industrialisierung wurde der Export durch Subventionen, verbilligte Kredite und den günstigen Wechselkurs unterstützt. Als die Herstellung von kapital- und technologieintensiven Produkten erforderlich wurde, wurden außer Steuer- und Kreditvergünstigungen sowohl Importbeschränkungen zum Schutz der *infant industries* vorgenommen, als auch die Entstehung von Monopolen und Oligopolen zur Ausnutzung von Skalenerträgen gefördert. Die zunehmende Bedeutung der staatlichen Allokationsfunktion bzw. Steuerungskapazität wurde zu einem konstitutiven Merkmal des koreanischen Wirtschaftsmodells.

Die staatliche Einflussnahme auf die Kapitalallokation fand besonders im Finanzsektor ihre tiefe Verankerung. Der Einfluss auf den Auf- bzw. Ausbau von bestimmten Produktionszweigen und damit auf Investitionsentscheidungen von Unternehmen erfolgte durch die Bereitstellung subventionierter Kredite. Auf der anderen Seite reagierten die expansionswilligen

Großunternehmen (Chaebols) auf die staatlichen Interessen und Vorgaben, indem sie in die gewünschten Wirtschaftsbereiche investierten und so ihre Marktmacht ausbauen konnten (Mayer 1998, S. 223). Es kam zu einer harmonischen Symbiose wirtschaftlicher Ziele und Interessen zwischen Staat und Großunternehmen.

Der Kapitalmarkt konnte sich erst zu Beginn der 70er Jahre durch das Public Corporation Inducement Law von einem eher informellen zu einem formellen und diversifizierten Finanzsystem entwickeln. Dabei war jedoch auch in diesem Kontext die staatliche Intervention von Beginn an ein konstitutives Merkmal. Eine wichtige ordnungspolitische Komponente war, dass der Bankensektor weitgehend verstaatlicht wurde. Die Dimension staatlicher Intervention lässt sich u.a. dadurch verdeutlichen, dass Anfang der 70er Jahre der Finanzminister per Dekret ausgesuchte Großunternehmen anwies, neue Aktien unter Marktkurs auszugeben. Weiterhin wurden sie aufgefordert, hohe Dividenden entsprechend dem Zinssatz für Termineinlagen zu zahlen, um die Nachfrage nach Aktien zu stimulieren. Großunternehmen, die dieser Aufforderung nicht nachkamen, mussten bei der Vergabe von Krediten bei den staatlichen Banken mit Restriktionen rechnen (Messner 1994, S. 190).

Der Aufbau eines international wettbewerbsfähigen Industriesektors begründet sich somit nicht aus der Entstehung eines Systems der freien Marktwirtschaft. Es entstand vielmehr das Wirtschaftssystem eines staatlich gelenkten Kapitalismus. Dieses System hat sich bis Anfang der 80er Jahre grundsätzlich als innovations- und wachstumsfördernd bewährt. Das staatliche Steuerungsmonopol erreichte jedoch mit der rasch gewachsenen Komplexität der Wirtschaftsstruktur seit Mitte der 80er Jahre zunehmend seine Grenzen. Die Entstehung und Stärkung einer *Civil Society* mit demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Nicht-Regierungs-Organisationen und Studentenbewegungen gerieten immer mehr mit dem stark hierarchisch bzw. autoritär geprägten Steuerungsmonopol des Staates in Konflikt. Ordnungspolitisch besteht die Lösung jedoch nicht in einem *state minimalism*, sondern in einer Entflechtung von Staat und Wirtschaft, die zu mehr Transparenz und marktwirtschaftlicher Effizienz führt. Hierzu ist ein starker Staat notwendig: „... for the proper working of markets, strong, and in many cases expanded, state intervention (of the right kind, in the right areas) is necessary.“ (Streeten 1996, S. 30)

2.2 Das entwicklungsökonomische Leitbild

Das Entwicklungsmodell Südkorea läßt sich grundsätzlich in die traditionelle Systematik entwicklungsökonomischer Strategien einordnen (von Hauff,

Kruse 1993, S. 33ff.). Danach unterscheidet man besonders die Strategie des gleichgewichtigen und des ungleichgewichtigen Wachstums (*balanced and unbalanced growth*), die Importsubstitutionsstrategie und die exportfördernde Strategie. Korea betrieb vor allem wegen des Kapitalmangels eine ungleichgewichtige Wachstumsstrategie im Sinne von Hirschman. Diese Politik verursachte zunächst drei Ungleichgewichte:

- ein sektorales Ungleichgewicht,
- ein Ungleichgewicht zwischen Großunternehmen sowie Klein- und mittelständischen Unternehmen und
- ein Ungleichgewicht zwischen Industrieunternehmen für Export- bzw. Inlandsmärkte.

Die Regierung Südkoreas setzte für die sektorale Investitionslenkung die Wachstumsziele der einzelnen Sektoren fest und unterstützte ihre Realisierung durch verschiedene Maßnahmen. Dabei förderte sie hauptsächlich die verarbeitende Industrie und vernachlässigte den Agrarsektor. Außerdem verfolgte Südkorea – im Gegensatz zu Taiwan – die Strategie, den Export hauptsächlich durch die Förderung von Großunternehmen zu stärken. Durch die Exportanreize wurde jedoch der Sektor der nicht-handelbaren Güter diskriminiert.

Diese entwicklungsstrategische Ausrichtung erklärt sich daraus, dass die in den 50er Jahren eingeführte Importsubstitutionsstrategie nach kurzer Zeit zu einem hohen Handelsbilanzdefizit führte, da die Importe von Vorprodukten und Rohstoffen die Exporte um ein Mehrfaches überstiegen. Nachdem die USA ihre Transferzahlungen deutlich reduzierten, war eine konsequente Fortsetzung der Importsubstitutionsstrategie nicht mehr möglich. Ferner begrenzte der relativ kleine Binnenmarkt Südkoreas die Wachstumspotentiale. Daher wurde in den 60er Jahren die Exportförderungsstrategie eingeleitet. Krenger bezeichnet diesen Strategiewechsel als „virtuous circle“ (Krenger 1998). Die Importsubstitutionsstrategie wurde durch ein umfangreiches und differenziertes System protektionistischer Maßnahmen wie Zölle, Kontingente, Lizenzen und Normensysteme im Prinzip ergänzt. Die beiden Hauptmerkmale der Außenorientierung in Südkorea waren die starke Förderung der Exporte in der verarbeitenden Industrie und die Offenheit gegenüber ausländischem Kapital und ausländischer Technologie zum Aufbau der einheimischen Industrie. Zur Exportförderung wurden zahlreiche Exportanreize geschaffen.

Anfang der 70er Jahre erlebte Südkorea einen Wendepunkt in der Wirtschaftspolitik. Im dritten Fünfjahresplan (1972–76) machte die Regierung die Absicht deutlich, die „strategischen Industrien“, d.h. die Schwer- und petrochemische Industrie, aufzubauen. Für eine Stärkung der Importsubstitutionspolitik sind zwei Gründe zu nennen. Die amerikanische Regierung

veröffentlichte nach dem Vietnamkrieg den Plan, ihre Truppen aus Südkorea abzuziehen. Dadurch war Korea gezwungen, zur Verteidigung des Landes eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen. Ferner erforderte der zunehmende Wettbewerb der Länder Südostasiens in den Bereichen Textil und Bekleidung eine intrasektorale Reallokation staatlicher Förderung von der Leicht- zur Schwerindustrie. Dies führte zum Auf- bzw. Ausbau u.a. des Maschinenbaus, der elektronischen Industrie und der Schiffbau- und der Automobilindustrie. Südkorea stärkte jedoch Anfang der 80er Jahre, vor allem wegen der Schuldenkrise und der Strukturprobleme in den strategischen Industrien, wieder die exportorientierte Strategie.

Der rasche und erfolgreiche Aufbau der Schwer- und petrochemischen Industrie erklärt sich primär durch einen hohen Grad an Fremdfinanzierung, staatlicher Reservierung bei der Subventionierung von Kreditlinien und der Neugründung von staatlichen Unternehmen im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie. Die Maxime für den Aufbau der Schwerindustrie war jedoch – im Gegensatz zur Leichtindustrie –, den Einsatz modernster Technologie (*best-practice-strategy*) zu fördern. Dadurch wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit schwerindustrieller Produkte auf den Weltmärkten gesichert.

Im Gegensatz zu der in Lateinamerika durchgeführten Importsubstitutionsstrategie wurde in Südkorea eine konsequente und ausdifferenzierte Strukturpolitik verfolgt, wie Bereitstellung von verbilligten Krediten, Steuererleichterungen für bestimmte Branchen und Subventionen bei nachweisbaren Erfolgen. Zunächst waren die schnell wachsenden und staatlich geförderten Großunternehmen (Chaebols) mit der Adaption billiger *second-best*-Technologien, einem geringen Lohnniveau und langen Arbeitszeiten Katalysatoren für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrialisierung (OECD 1999, S. 70). Gleichzeitig führten das Wachstum des produzierenden Sektors, die Ausdifferenzierung der Wirtschaft und die zunehmende Internationalisierung auch der koreanischen Wirtschaft zu einer deutlichen Erhöhung der Komplexität der binnenwirtschaftlichen Ressourcenallokation. Die tradierten makroökonomischen Steuerungsprozesse erwiesen sich zunehmend als fragil, dysfunktional und ineffizient (Mayer 1998, S. 224). Ferner verlangte die Mitgliedschaft Südkoreas in der International Labour Organisation (1991), in der World Trade Organisation (1995) und in der OECD (1996) eine stärkere Liberalisierung, die mit dem Steuerungsmonopol des Staates nicht kompatibel war.

2.3 Der wirtschaftliche Aufstieg Südkoreas

Die Weltbank stellte in ihrem Bericht *East Asia - The Road to Recovery* die Frage: „Was the miracle real?“ (World Bank 1998, S. 2). Sie kommt eindeutig zu dem Befund, dass in den letzten Jahrzehnten in Südkorea wie auch in vielen anderen ostasiatischen Staaten ein Wirtschaftswunder stattfand. Die Folge war ein spektakulärer Wohlfahrtszuwachs, der sich an Indikatoren wie einem starken Rückgang der Armut, einer Zunahme der Lebenserwartung, einem deutlichen Anstieg des Bildungsniveaus (z.B. Anstieg der Alphabetisierungsquote) und einem hohen Wachstum verdeutlichen läßt. Das führte zudem zu deutlichen Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt. So ist Südkorea heute die elftgrößte Industrienation weltweit. Im Folgenden wird die Entwicklung einiger ausgesuchter Indikatoren näher dargestellt. Südkorea zeichnet sich seit Beginn der 60er Jahre durch ein hohes Wachstum des Bruttoinlandsproduktes aus: Im Zeitraum von 1960 bis 1995 stieg das BIP real um durchschnittlich 5 % pro Jahr, was die Weltbank bewundernd mit „miraculous growth“ anerkannte (World Bank 1994, S. 29).

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes läßt sich an der Wachstumsrate der Beschäftigung und der Entwicklung der Arbeitslosenquote aufzeigen. Auffällig ist, dass die Wachstumsrate der Beschäftigung in dem Zeitraum von 1971 bis 1997 (mit Ausnahme von 1984) positiv war, jedoch langfristig ein abnehmendes Niveau aufweist, was sich besonders seit 1987 als eindeutiger Trend erkennen läßt. Die Arbeitslosenquote weist in den 70er Jahren noch ein relativ hohes Niveau auf, das 1980 mit über 5 % seinen Höhepunkt erreichte. Danach nahm die Arbeitslosenquote bis 1997 kontinuierlich ab und stieg erst wieder seit der Wirtschaftskrise stark an. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Wachstumsrate der Beschäftigung kann somit festgestellt werden, dass der Arbeitsmarkt in Südkorea seit Beginn der 80er Jahre – im Gegensatz zu vielen westlichen Industrieländern – eine positive Entwicklung aufzuweisen hat.

3. Bewertung des wirtschaftlichen Aufstiegs

Das Entwicklungs- bzw. Wachstumsmodell Südkoreas wurde auch vor der Wirtschaftskrise, wie schon erwähnt, kontrovers diskutiert. Dabei ging es primär um die Leistungsfähigkeit dieses Modells. Sie läßt sich beispielsweise im Kontext der *catching-up*-Hypothese beurteilen. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass zwischen wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern und wirtschaftlich führenden Ländern eine technologische Lücke besteht. Wenn es den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern gelingt, an dem

technologischen Austausch zu partizipieren, können sie die technologische Lücke verkleinern bzw. diese auch schließen.

Auf der Grundlage des neoklassischen Wachstumsmodells spiegelt sich wirtschaftlicher Erfolg einer Volkswirtschaft in einer langfristigen Konvergenz der Wachstumsraten der Pro-Kopf-Einkommen wider. Gemäß der neoklassischen Wachstumstheorie müsste der Konvergenzprozess monoton zur führenden Volkswirtschaft erfolgen (Erber, Hagemann, Seiter 1998, S. 48). Dem widersprechen jedoch viele empirische Befunde (vgl. u.a. Barro, Sala-i-Martin 1995, S. 386ff., Gaulier, Hurin, Jean-Pierre 1997, S. 3ff.). Daher wird die einfache *catching-up*-Hypothese seit Mitte der 80er Jahre im Kontext der Neuen Wachstumstheorie kritisch hinterfragt.

Im Zusammenhang mit dem zuvor dargestellten Entwicklungsmodell Koreas steht der Beitrag von Abramovitz (1986). Das Potenzial für einen Aufholprozess leitet er aus dem Konzept des kapitalgebundenen technologischen Austausches ab. Dieses versucht den Zusammenhang zwischen Imitation und aufholendem Wachstum zu erklären. Hierzu Abramovitz:

„The central idea is simple enough. It has to do with the level of technology embodied in a country's capital stock. Imagine that the level of labor productivity were governed entirely by the level of technology embodied in capital stock. In a 'leading country', to state things sharply, one may suppose that the technology embodied in each vintage of its stock was at the very frontier of technology at the time of investment. The *technological* age of the stock is, so to speak, the same as its *chronological* age (...) So, the larger the technological and, therefore, the productivity gap between leader and follower, the stronger the follower's potential for growth in productivity; and, other things being equal, the faster one expects the follower's growth rate to be. Followers tend to catch up faster if they are initially more backward.”
(S. 387)

Abramovitz hält einen erfolgreichen Aufholprozess jedoch nur dann für möglich, wenn das Land über eine – der Terminologie Ohkawa und Rosovski folgend – *social capability* verfügt. Darunter versteht er zum einen die technologische Kompetenz eines Landes, z.B. gemessen an der Dauer der Ausbildung, und zum anderen die Qualität der politischen, industriellen und finanziellen Organisationen bzw. Institutionen. In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch das Problem der Quantifizierung. Daher kam es zu einer umfassenden Diskussion über potenzielle Variablen, um den Ansatz empirisch testen zu können. Von besonderer Relevanz ist in diesem Kontext der von Young in seiner Arbeit von 1995 geführte empirische Nachweis, dass der Wachstumsprozess in Korea in hohem Maße ressourcenintensiv war (Young 1995). Der Wachstumsprozess lässt sich nach Young nur dann erfolgreich fortsetzen, wenn die Faktorproduktivität deutlich zunimmt.

Tabelle 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BIP pro Arbeitnehmer in %

	1960 – 1996		1997 – 2000		Differenz	
	Aktuell	Prognose- Modell von Solow	GEP Prognose	Prognose- Modell von Solow	GEP Prognose	Prognose- Modell von Solow
Indonesien	3,5	4,1	-0,1	4,1	-3,6	0,0
Südkorea	5,9	5,5	0,4	4,3	-5,5	-1,2
Malaysia	3,7	4,4	1,5	4,2	-2,2	-0,2
Philippinen	0,7	2,9	1,2	2,1	0,5	-0,8
Thailand	4,0	4,1	-1,8	3,9	-5,8	-0,2

GEP = Global Economic Prospects. Die Prognosen sind dem February 1998 Global Economic Prospects Update entnommen.

Quelle: World Bank 1998, S. 5

Dabei hatte Paul Krugman das koreanische Miracle schon 1994 in seinem Artikel „The Myth of Asia's Miracle“ kritisch hinterfragt. Er gibt zu bedenken, dass die asiatischen Wachstumsnationen bei der Förderung des Wirtschaftswachstums primär den Input erhöhten und dabei die Wirtschaftlichkeit vernachlässigt haben. Eine Steigerung des Wirtschaftswachstums ohne eine entsprechende Steigerung der Produktivität führt nach Krugman zu der Gefahr sinkender Erträge. Die These von Krugman, wonach das rasche Wirtschaftswachstum in den ostasiatischen Ländern nur mit der Steigerung von Investitionen und nicht mit der Steigerung der Produktivität zu begründen ist, wird jedoch von Radelet und Sachs als überzogen zurückgewiesen. Sie zeigen auf, dass es sowohl eine starke Investitionsausweitung als auch ein deutliches Wachstum der Produktivität gegeben hat (Radelet, Sachs 1997, S. 48).

Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität auf. Danach ist nicht zu bestreiten, dass die Wachstumsrate des BIP ein deutlich höheres Niveau aufweist als beispielsweise die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität.

Schließlich ist auf eine neue Untersuchung von Park hinzuweisen, der aufzeigt, welche Faktoren in welchem Umfang zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums in der Periode 1970 bis 1996 beigetragen haben. Dabei zeigt sich, dass das Wirtschaftswachstum in Südkorea primär auf die Erhöhung des Inputs, insbesondere des Kapitals (in der gesamten Periode 57,3 %), zurückzuführen ist. Der Beitrag der Gesamtproduktivität zum Wachstum (in der gesamten Periode 20,4 %) ist dagegen relativ gering. Der Anteil des Inlandskapitals nahm von 36,0 % in den 70er Jahren auf 52,3 % in den 90er Jahren stark zu.

Während in der Gesamtperiode das Auslandskapital mit 15,5 % einen relativ hohen Anteil aufweist, ist der Beitrag der Technologien aus dem Ausland mit 3 % gering. Das zeigt, dass Korea das Problem der zum Wachstum benötigten Technologien zum großen Teil durch den Import von Kapitalgütern gelöst hat. Diese starke Abhängigkeit von Kapitalgütern aus den hoch entwickelten Ländern deutet darauf hin, dass die weitere Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen unterentwickelten Ländern wie China schwieriger wird. Somit bestätigt die empirische Analyse von Park die Kritik von Krugman.

Tabelle 2: Analyse der Faktoren des Wirtschaftswachstums in Südkorea

Periode	Arbeitsinput	Kapitalinput			Gesamtproduktivität (TFP)							Erhöhung des Wachstums
		Inlands-kapital	Auslands-kapital	Summe	Skalen-erträge	Operation Ratio	Human-kapital	Inlands-technologie	Auslands-technologie	Resi-duum	Summe	
1970–80	2,3 (30,4)	2,7 (36,0)	1,5 (20,5)	4,2 (56,5)	2,3 (30,5)	0,9 (12,4)	0,1 (2,0)	0,9 (11,8)	0,3 (3,8)	-3,5 (-47,3)	1,0 (13,1)	7,5 (100,0)
1981–90	1,7 (18,6)	3,5 (38,7)	1,1 (12,2)	4,6 (50,9)	1,3 (14,6)	1,0 (11,3)	0,3 (3,7)	1,2 (13,6)	0,2 (2,6)	-1,4 (-15,2)	2,8 (30,5)	9,1 (100,0)
1990–96	1,3 (16,7)	4,0 (52,3)	1,1 (13,8)	5,1 (66,1)	0,5 (6,8)	0,5 (6,6)	0,4 (4,9)	0,5 (6,9)	0,1 (1,5)	-0,7 (-9,6)	1,3 (17,2)	7,7 (100,0)
1970–96	1,8 (22,3)	3,4 (41,8)	1,3 (15,5)	4,7 (57,3)	1,6 (19,6)	0,8 (10,4)	0,3 (3,8)	0,9 (10,5)	0,2 (3,0)	-2,2 (-27,0)	1,7 (20,4)	8,1 (100,0)

Die Angaben in Klammern geben den prozentualen Anteil an.

Quelle: Park 1999, S. 47

Tabelle 3: Makroökonomische Daten der koreanischen Wirtschaft (% bzw. Mrd. US\$)

	1986-91	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Wachstumsrate des BIP	9,9	5,1	5,8	8,6	8,9	6,8	5,0	-5,8	10,2	6,0
Arbeitslosenquote	2,5	2,4	2,8	2,4	2,0	2,0	2,6	6,8	4,4	4,0
Inflationsrate (Konsumentenpreis)	6,1	6,3	4,8	6,2	4,5	4,9	4,5	7,5	0,8	3,0
Haushaltsüberschuss / BIP	-0,2	-0,7	0,3	0,5	0,4	0,3	0	-4,2	-3,0	-3,4
Leistungsbilanz- überschuss / BIP	3,0	-1,5	0,1	-1,2	-2,0	-4,9	-1,8	13,6	6,4	2,6
Ausländische Währungsreserve	12,2	17,1	20,3	25,7	32,7	33,2	20,4	52,0	74,1	n.a.

Quelle: verschiedene Ausgaben der Monthly Bulletin of the Bank of Korea

4. Begründung der Wirtschaftskrise und die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung

„Capitalism without failure is like religion without sin. It doesn't work.“ (Meltzer 1998, S. 269) Im Folgenden wird gezeigt, dass die Ursachen der Krise Koreas nicht auf den Finanzsektor reduziert werden können. Die makroökonomischen Daten bis 1996 (vgl. Tab. 3) lassen nicht erkennen, dass es 1997 in Korea zu einer schwerwiegenden Krise kommen würde. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in den 90er Jahren betrug durchschnittlich über 7% und die Arbeitslosenquote war sehr niedrig. Die Inflationsrate befand sich auf einem gleichbleibend hohen Niveau und der Haushalt war ausgeglichen. Obschon in den 90er Jahren fast durchgehend ein Leistungsbilanzdefizit bestand, war dessen starker Anstieg im Jahr 1996 ein erstes Warnsignal der nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit koreanischer Unternehmen.

Trotz des steigenden Leistungsbilanzdefizits nahmen die ausländischen Währungsreserven infolge des Kapitalzuflusses zu, was auf die zunehmende Liberalisierung der Kapitalmärkte zurückgeführt werden kann. Die makroökonomischen Daten verbergen jedoch die fundamentalen Probleme der koreanischen Wirtschaft. Diese Daten zeigen, dass die Ursache der Wirtschaftskrise Koreas anders als in den lateinamerikanischen Ländern zu begründen ist. Im Folgenden werden die Ursachen der Wirtschaftskrise Koreas in endogene und exogene Faktoren differenziert.

4.1 Endogene Ursachenfaktoren

Im Allgemeinen kann festgehalten werden, dass Korea den Strukturwandel von der Leichtindustrie zur Schwer- und petrochemischen Industrie erfolgreich bewältigt hat. Dennoch sind zwei ungelöste Probleme zu benennen. Der Aufbau der kapitalintensiven Industrien führte dazu, dass die Entwicklung der Handelsbilanz ganz wesentlich durch die ausländische Nachfrage nach Halbleitern, Autos, Schiffen, Stahl und petrochemischen Produkten determiniert wurde. So erhöhte sich beispielsweise der Anteil der fünf exportstärksten Produkte an dem gesamten Export von 21,1% im Jahre 1990 auf 31,8% im Jahre 1997 (Park 1999, S. 10).

Hierin liegt eine ganz wesentliche Ursache der Wirtschaftskrise Koreas. Viele exportorientierte Großunternehmen verloren an Wettbewerbsfähigkeit. Die geringere Wettbewerbsfähigkeit ist durch Strukturdefizite begründet, wie der abnehmenden Steuerungsfunktion der Chaebols, deren personenzentrierte, hierarchie- und senioritätsgebundene Strukturen den wirtschaftlichen Herausforderungen vielfach nicht mehr gewachsen waren. Die Finanz-

und Kredithilfen der Regierung an finanzschwache Chaebols förderte ganz wesentlich das *moral-hazard*-Verhalten. Die Großunternehmen waren sich bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten der staatlichen Hilfe sicher, und so entstand die Maxime „Too big to fail“ (Kim 1998, S. 5). Dies führte vielfach auch zu risikoreichen Investitionen. Bei einem Scheitern von Projekten kam es durch staatliche Hilfe zu einer Sozialisierung der Verluste.

Weiterhin haben viele Unternehmen in der Stahlindustrie aufgrund der Eintrittsbarrieren für ausländische Unternehmen ihre Produktionskapazität stark erweitert. Einerseits ging der Umsatz exportorientierter Unternehmen aufgrund des Verlustes internationaler Wettbewerbsfähigkeit zurück. Andererseits führten die wachsenden Überinvestitionen zu einer Verschlechterung der Rentabilität. Da diese Investitionen vielfach durch Fremdkapital finanziert wurden, trug die Erhöhung der Finanzierungskosten noch zu einer Verschärfung des Problems der Rentabilität bei. Ein weiterer Grund für die sinkende Rentabilität war die Intensivierung des Wettbewerbs auf den Binnenmärkten, die auf die zunehmende internationale Marktöffnung zurückzuführen war.

Tabelle 4 zeigt, dass trotz der Hochkonjunktur in den Jahren 1994 und 1995 die „mittleren Großunternehmen“ (6–30) bereits negative Kapitalertragsraten aufweisen und sich im Jahre 1996 die Kapitalertragsrate noch einmal deutlich verschlechterte. Im Jahr 1996 war auch die Kapitalertragsrate der „kleinen Großunternehmen“ (31–72) erstmals negativ. Das belegt, dass koreanische Unternehmen bereits vor dem Ausbruch der Krise im Jahr 1997 große strukturelle Probleme hatten.

Tabelle 4: Nettoertragsrate des Gesamtkapitals der Großunternehmen (Chaebols)

	1986– 1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
1 – 5	1,52	0,89	0,56	1,09	1,17	2,27	3,39	0,79	0,11
6 – 30	1,33	0,74	0,80	-0,17	-0,30	-0,14	-0,28	-0,68	-4,20
31 – 72	1,82	0,95	1,28	1,11	0,51	1,18	0,42	-0,78	-4,55

Quelle: Hwang 1998, S.16

Viele koreanische Unternehmen gerieten dadurch in eine Finanzierungs-
krise, die sie mit weiteren kurzfristigen Krediten überbrückten. Die Groß-
unternehmen Hanbo, Sammi, Jinro und KIA, die zu den 30 größten Unter-

nehmen gehörten, konnten ihre Finanzierungsprobleme nicht lösen und mussten 1997 Konkurs anmelden. Dabei gerieten viele mittelständische Unternehmen in den Sog der Finanzierungskrise von Großunternehmen.

Tabelle 5: Finanzierungsquellen der 30 größten Unternehmen (Chaebols) (%)

	1994	1995	1996
Eigenfinanzierung	41,2	36,8	22,4
Fremdfinanzierung	58,8	63,2	77,6
<i>rights issue</i>	1,2	1,4	1,3
langfristige Kredite	9,8	12,2	12,7
kurzfristige Kredite	47,7	49,7	63,6
Summe	100,0	100,0	100,0

Quelle: Park 1999, S.6.

Die Finanzierungsprobleme des Unternehmenssektors lösten auch bei den koreanischen Banken eine Finanzierungskrise aus, d.h. viele Banken standen im Prinzip vor dem Konkurs.

Eine weitere Ursache der Wirtschaftskrise erklärt sich aus einem wichtigen Strukturdefizit des Finanzsektors. Ein wesentliches Merkmal des koreanischen Finanzsektors war das machtverliebte Zusammenspiel von Regierung, Chaebols und Vertretern des Finanzsystems, das weniger nach marktwirtschaftlichen Effizienzkriterien funktionierte, als vielmehr durch willkürliche Entscheidungen und staatliche Interventionen bei der Kreditvergabe geprägt war. Diese staatlichen Interventionen führten konsequenterweise zu dem ordnungspolitischen Problem des *moral-hazard*. Die Tatsache, dass trotz der schwachen Finanzstruktur des Bankensektors bis zum Ausbruch der Krise keine koreanische Bank in Konkurs ging, kann mit den staatlichen Interventionen auf dem Finanzmarkt begründet werden. Die Kreditkonditionen für finanzschwache Großunternehmen wurden meist durch die wirtschaftlichen und politischen Akteure ausgehandelt, wobei die sonst üblichen Kriterien der Marktkonditionen oder die Rentabilität der Projekte bzw. die Bonität der kreditnachfragenden Chaebols eine untergeordnete Bedeutung hatten. Daher werden in Korea diese Kredite „Policy Loans“ genannt. Das *moral-hazard*-Verhalten war jedoch auch bei den

ausländischen Banken zu beobachten (Shin, Hahn 1998, S. 29). Internationale Bankgeschäfte waren durch die koreanische Regierung abgesichert, und schließlich war der IWF für die Bewältigung einer möglichen Krise zuständig bzw. verantwortlich (Bergsten 1998).

Als wichtige Ursachen für die Währungskrise in Korea sind zwei Faktoren zu nennen. Zunächst erfolgte zwischen 1994 und 1996 eine Umwandlung von 24 Finanzinstituten in Handelsbanken (*merchant banking corporations*). Sie waren nun berechtigt, auf den internationalen Finanzmärkten Kredite in Fremdwährung aufzunehmen. Diese Handelsbanken begannen ohne die nötigen Erfahrungen, Fremdwährungen über kurzfristige Kredite aufzunehmen und diese als langfristige Kredite an Unternehmen weiterzugeben. Die langfristigen Kredite der Handelsbanken wurden sowohl an koreanische Unternehmen als auch an ausländische Unternehmen in Ländern mit einem relativ hohen Risikopotential wie Thailand, Indonesien und Russland vergeben.

Diese unterschiedlichen Fälligkeitstermine bei den Krediten trug dazu bei, dass Korea in zunehmendem Maße einem Liquiditätsrisiko in Fremdwährung ausgesetzt war. Weiterhin kam es zu einer Liberalisierung der Finanzmärkte, die vor allem in Zusammenhang mit dem Eintritt in die OECD eingefordert wurde, ohne ausreichende staatliche Aufsicht (Shin, Hahn 1998, S. 26ff.). Die kurzfristige Kreditaufnahme der Banken war jedoch bereits vor der Liberalisierung genehmigt. So gab es Qualitätsbeschränkungen, die infolge der Liberalisierung aufgehoben wurden. Während für die kurzfristige Kreditaufnahme in Fremdwährung praktisch keine Beschränkungen bestanden, blieb die staatliche Kontrolle für die langfristige Kreditaufnahme erhalten. Dies führte dazu, dass der Anteil der kurzfristigen Kredite an den gesamten Krediten in Fremdwährung ständig zunahm. Die drastische Zunahme der Auslandsverschuldung und die Erhöhung des Anteils kurzfristiger Schulden, die im Jahr 1996 mit 58,3 % ihren Höhepunkt erreichten, führten Korea in eine Schuldenkrise. Dabei ist auffällig, dass es sich in Korea, im Gegensatz zu vielen lateinamerikanischen Ländern, primär um eine Überschuldung des privaten Sektors handelt.

4.2 Exogene Ursachenfaktoren

Der sprunghafte Anstieg des Leistungsbilanzdefizites im Jahre 1996 ist auf die Verschlechterung der *terms of trade* und die Überbewertung der koreanischen Währung zurückzuführen. Der Rückgang der *terms of trade* im Jahre 1996 um 12,3 % ist durch den starken Preisverfall bei Halbleitern, Stahl- und petrochemischen Produkten auf den Weltmärkten begründet. So fiel der Preis für Halbleiter im Jahre 1996 um mehr als 70 %, was zu einer

Tabelle 6: Auslandsverschuldung nach Sektoren (Mrd. US\$, %)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Staatssektor	5,6	3,8	3,6	3,0	2,4	18,0
langfristig (%)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
kurzfristig (%)	0	0	0	0	0	0
Unternehmenssektor	13,7	15,6	20,0	26,1	35,6	42,3
langfristig (%)	47,4	50,0	45,0	40,2	38,2	41,6
kurzfristig (%)	52,6	50,0	55,0	59,8	61,8	58,4
Finanzsektor	23,5	24,4	33,3	49,3	66,7	60,5
langfristig (%)	51,9	53,3	41,7	39,8	41,5	56,0
kurzfristig (%)	48,1	46,7	58,3	60,2	58,5	44,0
Summe (A)	42,8	43,9	56,8	78,4	104,7	120,8
langfristig (%)	56,8	56,3	46,7	42,2	41,7	57,6
kurzfristig (%)	43,2	43,7	53,3	57,8	58,3	42,4
A/BSP (%)	14,0	13,3	15,1	17,3	21,8	27,5

Quelle: The Bank of Korea, 1997

Verringerung des Exportes im Werte von 10 Mrd. Won (über 2% des BIP) führte (Cho 1999, S. 2). Die Verschlechterung der *terms of trade* seit 1988 hat im Jahre 1996 in Korea einen Höhepunkt erfahren (Bank of Korea 1997).

Die koreanische Währung wurde nach dem Erreichen des Tiefstandes im Juli 1995 (758 Won/US\$) bis zum Ende des Jahres 1995 um 2,2%, im Jahre 1996 um 8,6% und bis März 1997 um 5,8% nominal abgewertet. Trotz dieser Abwertung war sie gegenüber der japanischen und der chinesischen Währung, die stärker abgewertet wurden, real aufgewertet. Somit hat die drastische Abwertung der chinesischen und der japanischen Währung in den Jahren 1994 und 1995 zu der Wirtschaftskrise Koreas beigetragen. Die starke Abwertung der bedeutendsten Konkurrenzländer Koreas auf den Weltmärkten hat den Wettbewerbsdruck auf die koreanischen Unternehmen ansteigen lassen.

Ferner trug die Finanzkrise in den Ländern Thailand und Indonesien zu einem starken Misstrauen gegenüber anderen asiatischen Ländern wie Korea bei. Der Abzug ausländischen Kapitals wurde dadurch beschleunigt. Das

Vertrauen ausländischer Investoren in die koreanische Wirtschaft sank infolge der Finanzkrise in den oben genannten Ländern und aufgrund der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Großunternehmen in Korea. Dies führte dazu, dass Korea die kurzfristigen Schulden nicht verlängern, d.h. die erhoffte Prolongation nicht erreicht werden konnte. Eine Rückzahlung von Krediten in dem notwendigen Maße war nicht möglich, und somit stand Korea vor der Zahlungsunfähigkeit.

4.3 Wirtschaftliche Reformen zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit führte im November 1997 dazu, dass es zwischen dem IWF und der Regierung Südkoreas zu Verhandlungen über die Gewährung eines Kredites kam. Diese dauerten lediglich 10 Tage. Am 3. Dezember 1997 wurde das *stand-by*-Arrangement unterzeichnet. Der IWF gewährte Südkorea einen Kredit in Höhe von 57 Mrd. US\$. Gleichzeitig akzeptierte die südkoreanische Regierung die in dem Abkommen festgehaltenen Stabilisierungsmaßnahmen und Strukturreformen. Das Abkommen enthielt im Prinzip die klassischen makroökonomischen Forderungen nach einer restriktiven Geldpolitik zur Bekämpfung inflationärer Tendenzen und einer austeritätsorientierten Fiskalpolitik (Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen), da vor allem die Sanierung des Finanzsystems erhebliche Ressourcen des Staatsbudgets erfordern. Ferner wurde ein hohes Zinsniveau von etwa 20 % gefordert, um den weiteren Verfall der koreanischen Währung aufzuhalten. Weiterhin wurden Strukturreformen wie die Reform des Finanzsektors, die Öffnung des koreanischen Binnenmarktes, eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und eine Neustrukturierung der Chaebols vereinbart.

Während in Korea nur einige Experten bzw. Forschungsinstitute das Programm kritisch hinterfragten, wurde es im Ausland stark kritisiert und vielfach als unrealistisch bzw. kontraproduktiv klassifiziert (Feldstein 1998; Radelet, Sachs 1998). Ein wesentlicher Kritikpunkt zielte darauf ab, dass die klassischen makroökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen des IWF nicht auf die Ursachenbekämpfung der Krise Südkoreas ausgerichtet seien. Das hohe Zinsniveau von über 20 % zur Stabilisierung der Währung bringe die schon geringe Investitionsneigung völlig zum Erliegen und begünstige die Arbeitslosigkeit. Weiterhin vernachlässige die Forderung nach einer restriktiven Fiskalpolitik die Besonderheiten Südkoreas, das im Unterschied zu anderen Krisenländern – wie z.B. den lateinamerikanischen Staaten – vor allem einen ausgeglichenen Haushalt aufrechterhalten konnte.

Im Gegensatz zu den Stabilisierungsmaßnahmen wurden die geforderten Strukturreformen des IWF inhaltlich kaum kritisiert. Über die Umsetzungs-

geschwindigkeit bestehen allerdings unterschiedliche Meinungen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die meisten Forderungen bezüglich der Strukturreformen mit jenen vergleichbar sind, die Korea in der Vergangenheit mehrmals selbst vergeblich umsetzen wollte. Als Beispiel ist die Änderung des Arbeitsgesetzes für die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu nennen, was Anfang 1997, trotz des großen Widerstandes der damaligen Oppositionspartei, im Parlament verabschiedet wurde. Wegen des anhaltenden politischen Drucks wurde das Inkrafttreten des reformierten Arbeitsgesetzes jedoch auf das nächste Jahr verschoben, und danach brach die Wirtschaftskrise aus. Weiterhin wurde in Korea über die Verschärfung der Bankenaufsicht und die Neugestaltung der Unternehmensordnung bezüglich der Großunternehmen lange diskutiert. Allerdings scheiterte die Umsetzung wiederholt am Widerstand der Interessengruppen.

Die in dem Abkommen vereinbarten Stabilisierungsmaßnahmen wurden weitgehend erfolgreich realisiert. Ferner werden einige Strukturreformen bereits durchgeführt, andere werden gegenwärtig angestrebt. Beispielsweise hat Korea den Kapitalmarkt für Ausländer mehr geöffnet, als der IWF gefordert hat.

Es ist jedoch unstrittig, dass Strukturreformen langfristig ausgerichtet sein müssen, um erfolgreich zu sein. Das gilt auch für die eingeforderten Strukturreformen in Südkorea. Der Schwerpunkt der koreanischen Reformen ist auf den Finanzsektor und den Unternehmenssektor ausgerichtet. Die Reform des Finanzsektors in Südkorea erfordert sowohl eine institutionelle Neugestaltung als auch den organisatorischen Aufbau und die rechtliche Ausgestaltung der Bankenaufsicht, eine Restrukturierung des Bankensektors, beispielsweise durch die Zusammenführung einzelner Geschäftsbanken, aber auch die Entlastung der Banken von notleidenden Krediten beziehungsweise der Verbesserung ihrer Eigenkapitalstruktur.

Zur Reform des Finanzsektors wurden eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt (Cho 1999, S. 10). Die für die Aufsicht der Finanzinstitute neu gegründete Financial Supervisory Commission hat im Juni 1998 veranlasst, dass fünf finanzschwache Banken (Donghwa, Daedong, Kyungki, Chungchong und Dongnam) von anderen Banken übernommen wurden. Weiterhin wurden bis zum August 1999 insgesamt 19 von 30 Geschäftsbanken durch eine Verwaltungsvorschrift der Kommission geschlossen. Trotz dieser Reform bei den Handelsbanken gab es im Oktober 1999 wieder einige Banken, die infolge der jüngsten Finanzierungsschwierigkeiten des Konzerns Daewoo in eine Finanzkrise gerieten. Das zeigt, wie labil der Finanzsektor noch ist. Die Korea First Bank wurde bereits an eine amerikanische Investitionsgesellschaft verkauft und die Seoul Bank ist in Verkaufsverhandlungen mit ausländischen Investoren, während eine Reihe von Banken wie die Kookmin Bank und die Korea Long Term Credit Bank sich zur Erhöhung ihrer Wett-

bewerbsfähigkeit freiwillig zusammengeschlossen haben. Dieser Prozess von Zusammenschlüssen wird sich fortsetzen. Ferner wurden die Banken durch die Erhöhung ihrer Eigenkapitalquote, die massive Reduzierung ihrer Niederlassungen sowie der Zahl der Beschäftigten intern umstrukturiert.

Im Unternehmenssektor lassen sich bisher nur erste Reformschritte erkennen. Auch hier wurden die Verbesserung der Unternehmensordnung, die Reorganisation der Geschäftsfelder der Chaebols durch den *big deal*, die Verringerung der Tochtergesellschaften durch Verkauf und die Anpassungen der Beschäftigungsstruktur nur langsam und gegen den massiven Widerstand der Chaebolführer und der Gewerkschaften realisiert. Beispielsweise wurde Ende 1999 im Rahmen der Verbesserung der Unternehmensordnung zur Stärkung der Kontrollfunktion das Aufsichtsratssystem nach deutschem Vorbild im Bankensektor eingeführt. Die koreanische Regierung bewertet die Reformen bisher überwiegend positiv.

Die Reform des Unternehmenssektors ist jedoch bislang unbefriedigend, da die Strukturreformen, die zur Wiedergewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Südkoreas erforderlich sind, noch nicht in dem notwendigen Maße stattgefunden haben. Als Reformen im Unternehmenssektor wurden verschiedene Maßnahmen wie die Herabsetzung der Schuldenquote unter 200 % bis Ende 1999, die Verstärkung der Bankenaufsicht hinsichtlich der Kreditgewährung an Unternehmen und die Erhöhung der Transparenz in der Buchführung realisiert (Cho 1999, S. 11). Eines der ungelösten Probleme bezüglich der Großunternehmen ist die mangelnde Spezialisierung. So haben die fünf größten Unternehmen im Durchschnitt 40 Tochtergesellschaften auf ca. 30 Geschäftsfeldern (OECD 1998). Aus diesem Grund ist für die Erhöhung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit die Reduzierung auf wenige Kernfelder erforderlich.

Als „Musterbeispiel der Reform“ versucht die koreanische Regierung, den finanzschwachen Konzern Daewoo zu restrukturieren. Durch verschiedene finanzielle Maßnahmen veranlasst die Financial Supervisory Commission Daewoo, die Zahl der Tochtergesellschaften von derzeit ca. 40 auf fünf zu reduzieren, um damit die Liquidität des Konzerns zu erhöhen. Daewoo soll sich durch den Verkauf der meisten Tochtergesellschaften auf die Automobilindustrie konzentrieren. Sollte sich die Restrukturierung von Daewoo als erfolgreich erweisen, wird erwartet, dass auch andere Großunternehmen diesem Weg folgen. Welche Konsequenzen dies für die jetzt schon hohe Arbeitslosigkeit hat, ist bisher nicht zu erkennen.

Schließlich soll noch kurz auf den Auf- und Ausbau der Sozialversicherungssysteme eingegangen werden. Die Wirtschaftskrise in Südkorea verdeutlichte auch, wie die Unterentwicklung einer sozialstaatlichen Ordnung zum Risiko für die gesellschaftliche Stabilität und Ordnung werden kann.

Der starke Einbruch des Bruttoinlandsproduktes und die Vervierfachung der offiziellen Arbeitslosenquote von November 1997 bis März 1999 auf 8,4% führte zu hohen Einkommenseinbußen und sozialer Not. Das fragmentierte Sozialleistungssystem war auf diese Krise nicht vorbereitet. Die Qualität bzw. Leistungsfähigkeit von Sozialleistungssystemen können daher auch in die Kategorie *social capability* von Abramovitz eingeordnet werden.

Die gesetzliche Unfallversicherung (1964), die gesetzliche Krankenversicherung (1977), die gesetzliche Rentenversicherung (1988) und die gesetzliche Arbeitslosenversicherung (1995) wurden schon vor der Wirtschaftskrise eingeführt. Korea hat jedoch erst im Rahmen der Wirtschaftskrise erkannt, welche hohe Relevanz ein zukunftsorientiertes System sozialer Sicherung – insbesondere die Arbeitslosenversicherung – hat. Die Neugestaltung bzw. Erweiterung der Arbeitslosenversicherung und die geplante Erweiterung der Unfallversicherung im Jahre 2000 für die Arbeitnehmer in kleinen Unternehmen sind hierfür positive Beispiele.

Bei der Beurteilung des Fortschrittes der Reformen ist jedoch zu bedenken, dass die Mehrzahl der koreanischen Experten weiterhin an die Machbarkeit des „unendlichen Wirtschaftswachstums“ auf hohem Niveau glaubt. Dabei ist festzustellen, dass sich die Ungleichverteilung infolge der Wirtschaftskrise vergrößert hat (Ministry of Finance and Economy 2000, S. 17). Abschließend kann festgehalten werden, dass die Regierung notwendige Reformprozesse auf verschiedenen Ebenen eingeleitet hat. Zu nennen sind Regelungen zur Erhöhung der Transparenz von Devisenreserven, der Auslandsverschuldung etc. Die Regierung ist seit der Wirtschaftskrise um eine offene Informationspolitik bemüht. Dennoch wird erst in Zukunft eine Bewertung des Reformprozesses möglich sein. Neben der Umsetzung von institutionellen und strukturpolitischen Reformen ist für die Fortsetzung des *catching-up*-Prozesses die Erhöhung der Produktivität von großer Bedeutung.

5. Schlussfolgerung

Die wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas von einem der ärmsten Länder der 50er Jahre zu einem der wirtschaftlich erfolgreichsten Schwellenländer wird oft als *economic miracle* bewertet. 1997 geriet Südkorea in eine tiefe Wirtschaftskrise. Diese Krise weist einen hohen Komplexitätsgrad binnen- und außenwirtschaftlicher Verursachungsfaktoren auf. Die Entwicklung vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise wurde in der Literatur bisher nicht ausreichend begründet. In diesem Beitrag wurde gezeigt, warum die Wirtschaftskrise in Südkorea nicht auf eine Krise des Finanzsektors reduziert werden kann. Als eine wesentliche Ursache ist die zunehmende Wettbe-

werbsschwäche der Unternehmen zu nennen. Die in diesem Kontext wichtigen ordnungspolitischen Defizite des Entwicklungs- bzw. Wachstumsmodells Südkoreas wurden ausführlich aufgezeigt. Die Wirtschaftspolitik der Regierung reduzierte sich vielfach auf Interventionen einer punktuellen Symptombekämpfung, wodurch die strukturellen Probleme verschleiert wurden.

Es ist gegenwärtig nicht zu erwarten, dass es in Südkorea zu einer erneuten Währungskrise kommt. Dies ist jedoch nur ein Aspekt der Perspektiven wirtschaftlicher Entwicklung. Entscheidender als die Entwicklung makroökonomischer Daten ist, wie die Vergangenheit zeigte, ob Südkorea die vielfältigen strukturellen Defizite durch die eingeleiteten Reformen beseitigen kann und damit auf den Pfad einer nachhaltigen Konvergenz zurückkehren wird. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Präsident Kim Dae-jung schon während der Zeit, als er noch der Opposition angehörte, darum bemüht war, ein Reformmodell für die koreanische Wirtschaft zu entwickeln. Er publizierte seine Reformvorstellungen unter dem Titel *Mass-Participatory Economy – Korea's Road to World Economic Power*. Auf dem Hintergrund dieser Reformvorstellungen wurde von ihm und koreanischen Wirtschaftsexperten ein Reformkonzept mit der Bezeichnung „Djnomics“ entwickelt, das 1999 unter dem Titel *Djnomics – a New Foundation for the Korean Economy* als Buch publiziert wurde (Ministry of Finance and Economy 1999).

In Anlehnung an das Modell der sozialen Marktwirtschaft rückt das Konzept des Djnomics die Funktionsfähigkeit von Märkten in den Vordergrund. Durch eine konsequente Deregulierung soll Märkten und Preisen eine stärkere Bedeutung zukommen, staatliche Akteure bzw. politische Entscheidungsträger sollen weit weniger als bisher in den Marktprozess eingreifen. Obwohl in diesem Konzept noch vieles unscharf bleibt – so gibt es keine Hinweise auf die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft –, enthält das Konzept viele Reformen, die sich vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise als absolut notwendig erweisen. Daher ist zu erwarten, dass Korea auch strukturell zu einer größeren Stabilität zurückfindet. Eine weiter reichende Prognose wäre jedoch gegenwärtig zu spekulativ.

Literatur

- Abramovitz, M.: Catching up, Forging Ahead, and Falling Behind, in: *Journal of Economic History*, 46/1986, S. 385–406
- Aghevli, B., Marquez-Ruarte, A.: A Case of Successful Adjustment: Korea's Experiences during 1980–1984 (IMF occasional paper No. 39), Washington 1984
- Bank of Korea: The Revised Terms of Trade Index on the Basis of the Year 1995, Seoul 1997
- Barro, R.J., Sala-i-Martin, X.: *Wirtschaftswachstum*, München 1995
- Bergsten, E.C.: The Asian Monetary Crisis: Proposed Remedies, Institute for International Economics, Washington 1997, S. 1–7
- The International Monetary Fund and the National Interests of the United States, Institute for International Economics, Washington 1998
- Cathie, J.: Financial Contagion in East Asia and the Origins of the Economic and Financial Crisis in Korea, in: *Asia Pacific Business Review*, 2/3 1998, S. 18–28
- Cho, Dongchul: A Year after the Korean Economic Crisis: What Next? Korea Development Institute, Seoul, January 1999
- Erber, G., Hagemann, H., Seiter, S.: *Zukunftsperspektiven Deutschlands im internationalen Wettbewerb – Industriepolitische Implikationen der Neuen Wachstumstheorie*, Heidelberg 1998
- Feldstein, M.: Refocussing the IMF, in: *Foreign Affairs*, Vol. 77 No.2, 1998
- Gaulier, G., Hurlin, Ch., Jean-Pierre, P.: Conditional Convergence. Panel Data Approach, Paper of the Université Paris 1997
- von Hauff, M., Kruse, B.: Die Relevanz der Entwicklungsstrategien – Rahmenbedingungen und Perspektiven, in: von Hauff, M., Werner, H. (Hrsg.): *Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt*, Berlin 1993, S. 13–115
- Hwang, I.: The Background of the Restructuring of the Enterprise and its Task, Published in the 8th Chung-Ang University Management Forum, Seoul, November 1998
- International Monetary Fund (IMF): Korea-Request for Stand-By Arrangement, Washington, December 1997
- Kim, J.H.: Financial Crisis and the SME in Korea, Korea Development Institute, Seoul, December 1998
- Krenger, A.O.: East Asian Growth: Retrospect and Prospect, Paper delivered at the Symposium on „Structural Aspects of the East Asian Crisis“, November 1998, OECD, Paris 1998

- Krugman, P.: The Myth of Asia's Miracle, in: *Foreign Affairs*, Vol. 73 No. 6, 1994, S. 62–78
- Mayer, P.: Südkorea in der Krise – Ein Land auf der Suche nach Orientierung, in: *Internationales Asienforum*, Vol. 29 No. 3–4, 1998, S. 221–238
- Meltzer, A.H.: Asian Problems and the IMF, in: *The Cato Journal* 17/1998, S. 267–274
- Messner, D.: Republik Korea, in: Nohlen, D., Nuscheler, F. (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 8, 3. Auflage Bonn 1994, S. 168–211
- Ministry of Finance and Economy: *Prognose der koreanischen Wirtschaft für das Jahr 2000*, Internet Homepage, 2000 (auf Koreanisch)
- *Djnomics – A New Foundation For The Korean Economy*, Kwachon 1999
- OECD: *OECD Economic Survey. Korea 1997/1998*, Copyright OECD, 1998
- *Asia and the Global Crises – The Industrial Dimension*, Paris 1999
- Park, S.R.: *The Transfer of the Foreign Technologies and the Total Factor Productivity*, Korea Economic Research Institute, 1999 (unveröffentlicht)
- Radelet, S., Sachs, J.: *The East Asian Financial Crisis: Diagnosis, Remedies, Prospects*, Brookings Papers on Economic Activity, 1997
- Shin, I., Hahm, J.-H.: *The Korean Crisis – Causes and Resolution*, Korea Development Institute, Seoul, July 1998
- Song, D.Y.: Südkorea: Auf den Spuren der Japaner, in: *Peripherie*, 15/16 1984, S. 42–52
- Streeten, P.: Governance, in: Qubria, M.G., Dowhing, J.M. (eds.): *Current Issues in Economic Development – An Asian Perspective*, New York 1996, S. 27–66
- World Bank: *The East Asian Miracle-Economic-Growth and Public Policy*, Washington 1994
- *East Asia – The Road to Recovery*, Washington 1998
- Young, A.: The Tyranny of Numbers: Confronting the Statistical Realities of the East Asian Growth Experience, in: *Quarterly Journal of Economics*, August 1995, S. 641–680